

SCHLESWIG

backbord

SOZIALDEMOKRATISCHE BÜRGERZEITUNG FÜR SCHLESWIG ■ GEGR. 1976

DIE KANDIDATIN

-ULRIKE RODUST FÜR S-H NACH BRÜSSEL-

DER RÜCKBLICK

-DIE ERSTEN 100 TAGE DES A. CHRISTIANSEN-

DAS THEATER

-DER STAND IN SACHEN LANDESTHEATER-

DIE ERSTEN 100 TAGE

DIE ERSTE BILANZ DES BÜRGERMEISTERS ARTUR CHRISTIANSEN



Liebe Schleswigerinnen und Schleswiger,

am 28. April 2014 werde ich 100 Tage im Amt des Bürgermeisters der Stadt Schleswig sein. Das ist ein guter Zeitpunkt, um einen kurzen Blick auf die vergangenen drei Monate zu werfen, die man wie folgt beschreiben könnte: Sichten – Sortieren – Abarbeiten – Ziele entwickeln. Hinter diesen fünf Wörtern verbergen sich eine Vielzahl nicht abgearbeiteter Projekte, eine unscharfe Struktur der Stadtverwaltung, eine Fülle von Optionen, die zum Ziel geführt werden müssen und natürlich ein riesengroßes Potenzial, das mit Zielen hinterlegt und dann entwickelt werden muss.

Die ersten 80 Tage habe ich quasi durchgearbeitet und mir nahezu alle Schulen angesehen, eine Vielzahl von Vereinen und Institutionen besucht, Akteure aus der lokalen Wirtschaft kennengelernt, viele Investorengespräche geführt und natürlich auch innerhalb der Verwaltung Arbeitsstrukturen zusammen mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern weiterentwickelt. Weitere Arbeitsgespräche mit den Kitas und den Einrichten werden folgen.

Was sich etwas theoretisch anhört, ist aber hoch effizient, wenn alle Strukturen erst einmal greifen und die oben genannten Akteure zusammenspielen. Erste Erfolge konnte ich

bereits dadurch erreichen, dass alle Seiten sehr bemüht sind, an einem und vor allem an den gleichen Strang zu ziehen. Die Übernahme des alten Waschalons (Karstadt-Gebäude) im Stadtweg 70 durch Schleswiger, die mit dem Neubau eines Ärzteentrums den Zugang zur Innenstadt positiv verändern werden, ist ein erstes deutliches Signal. So soll und so wird es weitergehen.

Pressetechnisch überschattet waren die ersten Monate meiner Amtszeit natürlich durch die Diskussion um das Theater. Um es deutlich zu sagen: Die Ehrenrunde, die wir jetzt drehen, wäre nicht nötig gewesen, wenn die Ratsversammlung mit großer Mehrheit den Hesterberg beschlossen hätte. Aber das ist nun „Schnee von gestern“, denn es war weder in der Politik noch in der Schleswiger Gesellschaft dafür eine deutliche und nachhaltige Mehrheit zu erreichen gewesen. Mein jetziger Versuch, durch eine Dreiteilung des Grundstückes und eine Mischfinanzierung noch „im Spiel“ bleiben zu können bei der Frage, wie geht es mit dem Spiel- und Produktionsstandort Landestheater in Schleswig weiter, ist anspruchsvoll und hat noch viele Unwägbarkeiten. Aber es ist nicht unmöglich! Arbeiten wir also daran! Ein Bürgermeister muss es zumindest versuchen, hier ein respektables Ergebnis für die Ratsversammlung und für Sie, liebe Schleswiger-

Neben dem Theater erwartet uns in den nächsten Wochen und Monaten die Abarbeitung einer Vielzahl von Bebauungsplänen und dem Flächennutzungsplan für die Freiheit, sowie die Innenstadtentwicklung. Einen Förderantrag für Letzteres haben wir dafür gestellt und hoffen nun auf einen positiven Zuwendungsbescheid, damit es an die Arbeit gehen kann um unsere Innenstadt zukunftsfähig zu machen.



Weitere Themen, wie der Bau der Feuerwache, die Pflege des Wirtschaftsstandortes Schleswig und des Interkommunalen Gewerbegebietes, sowie der Umgang mit unserem Schwimmbad, sind genauso anspruchsvoll in der politischen Vorbereitung als auch in der Abarbeitung. Sie werden hierzu sicher in den nächsten Wochen und Monaten einiges in der Öffentlichkeit hören. Ähnliches dürfen Sie auch zum Thema „Stadt Hamburg“ und „Parkhaus“ erwarten. Das wird von mir still und ruhig aber sehr zielführend begleitet.

Während ich diese Zeilen schreibe, kommt mir gerade unser Baugebiet Berender Redder in den Sinn. Auch hier haben wir in guter Kooperation mit den Stadtwerken ein Produkt auf den Markt gebracht, das sicher eine große Nachfrage erreichen wird. Für ca. 66 €/m² ein voll erschlossenes Grundstück in städtischer Lage zu bekommen mit „Kalter Wärme“ und Glasfaserkabel-Breitband bis ins Haus, ist etwas, was uns als Stadt sehr attraktiv macht. Dabei denke ich natürlich nicht

nur an jeden Einwohner, der nach Schleswig zieht, sondern auch an die damit erreichten Familien mit Kindern, die trotz des allgegenwärtigen demographischen Wandels unsere Krippen, Kitas und Schulen bereichern werden. Das sind wir uns und unseren kommunalen Nachbarn schuldig, denn Schleswig ist die Kreisstadt und muss aus der zentralörtlichen Funktion heraus diese Daseinsvorsorge vorhalten. Daran ist in den letzten Jahren leider viel zu wenig gedacht worden.

Für mich als Neuschleswiger und Friedrichsberger ist zudem der Umgang mit unserer sehr heterogenen Bevölkerung wichtig. Ich möchte durch mein Wirken eine Willkommenskultur aufbauen, dass sich jeder und jeder, der und die nach Schleswig ziehen, in ihrer Stadt wohl fühlen. Und das sage ich bewusst vor dem Hintergrund, dass in Schleswig und im Friedrichsberg Menschen mit ganz unterschiedlichen Ausgangsbedingungen wohnen und hier zu Hause sind. Helfen Sie mir dabei, diese Willkommenskultur aufzubauen.

Wenn ich gefragt werde, ob ich mir nicht zu viel

**„ICH MÖCHTE DURCH MEIN WIRKEN
EINE WILLKOMMENSKULTUR AUFBAUEN,
DASS SICH JEDE UND JEDER, DIE UND DER
NACH SCHLESWIG ZIEHEN,
IN UNSERER STADT WOHLFÜHLEN.“**

BÜRGERMEISTER DR. ARTHUR CHRISTIANSEN

zugemutet habe, antworte ich meistens mit einem Lächeln. Nein, es ist mir nicht zu viel. Anspruchsvolles Arbeiten spornt mich an..., und: „einfach“ – kann jeder. Insofern freue ich mich jeden Tag über meine Aufgabe als Bürgermeister der Stadt Schleswig. In diesem Sinne freundliche Frühlingsgrüße

Arthur Christiansen

UNSERE KANDIDATIN: ULRIKE RODUST

INFORMATIONEN UND INTERVIEW ÜBER UND MIT UNSERE/R KANDIDATIN FÜR DAS EUROPAPARLAMENT



Europa neu denken

Von Ulrike Rodust, MdEP

In der zweitgrößten demokratischen Wahl der Welt sind im Mai 400 Millionen Menschen aufgerufen, die 751 Europa-Abgeordneten zu wählen, die in den kommenden fünf Jahren über den Kurs der europäischen Politik bestimmen. Die Wahl am 25. Mai ist die wichtigste Europawahl seit langem und sie ist so attraktiv wie selten eine zuvor. Nach dem Vertrag von Lissabon entscheiden die Wählerinnen und Wähler nämlich erstmals auch darüber, wer Präsident der Europäischen Kommission wird. Und die Chancen sind gut, dass es mit Martin Schulz ein deutscher Sozialdemokrat wird.

In einer beeindruckenden Rede anlässlich seiner Wahl zum Spitzenkandidaten der SPD hat Martin Schulz im Januar in Berlin betont, dass nur ein ökonomisch zusammengeschlossenes Europa Chancen hat, soziale

und ökologische Standards und Grundrechte gegen den Wettbewerbsdruck, dem wir in der Welt ausgesetzt sind, zu verteidigen. Er hat aber auch beklagt, dass das Ansehen der EU bei ihren Bürgerinnen und Bürgern seit Jahren unter dem Eindruck leidet, dass „Brüssel“ in einer Weise in Lebensbereiche eingreift, die den Menschen als überflüssig und nicht nachvollziehbar erscheint. Viel zu oft wird die EU so im Alltag nicht als Teil der Lösung,



sondern als Teil des Problems wahrgenommen. Die Folge ist ein massiver Vertrauensmangel in die EU. Abzulesen ist dies regelmäßig bei den Europawahlen: die Wahlbeteiligung ist hier seit Jahren stark rückläufig – 2009 lag sie in Deutschland bei gerade einmal 43 Prozent. Deshalb ist es jetzt auch höchste Zeit deutlich zu machen, dass wir ein besseres Europa brauchen. Ein Europa, das auf der Grundüberzeugung beruht, dass wirtschaftlicher Erfolg und soziale Gerechtigkeit einander bedingen. Ein Europa, das sich mehr um seine Bürgerinnen und Bürger kümmert als um das Kapital. Das Steuergelder nicht dafür verwendet, marode Banken zu retten, sondern dafür, dass junge Leute eine Zukunft haben. Ein Europa, das sich nur um das kümmert, was auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene nicht besser geregelt werden kann. Ein Europa, das sich den großen Fragen stellt, der Förderung des Wirtschaftswachstums, der Regulierung der Finanzmärkte, dem Kampf gegen den Klimawandel und für Energie- und Lebensmittelsicherheit sowie der Bekämpfung der sozialen Ungleichheit. Ein Europa, das aber auch weiß, dass beispielsweise die Frage der Wasserversorgung in der Hand der Kommunen besser aufgehoben ist als in Brüssel.

Wir wollen, dass sich die EU auf die wesentlichen Zukunftsaufgaben konzentriert. Wir wollen Europa noch besser machen. Und das wollen wir mit Leidenschaft, Überzeugung und klaren Worten tun. Um das schaffen zu können, brauchen wir eine starke sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament. Deshalb bitte ich Sie trotz und



wegen aller Kritik an Europa am 25. Mai um Ihre Stimme für die SPD.

Nehmen Sie Ihr Wahlrecht wahr und stärken Sie die demokratischen Parteien im Europäischen Parlament. Nach dem Wegfall der Sperrklausel besteht die ganz konkrete Gefahr, dass Rechtspopulisten oder sogar Neonazis ins Europaparlament einziehen. Dem müssen wir entschieden entgegenreten.



Ulrike Rodust ist Spitzenkandidatin der SPD in Schleswig-Holstein – sie steht aber nicht auf dem Stimmzettel

Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament gibt es keine Direktmandate, wie wir sie aus dem Bundes- oder Landtag kennen, sondern es wird ausschließlich eine Liste gewählt. Die SPD tritt mit einer gemeinsamen Bundesliste an, die gewährleistet, dass die Bürgerinnen und Bürger aus allen Regionen Deutschlands möglichst gerecht repräsentiert werden. Als schleswig-holsteinische Spitzenkandidatin steht Ulrike Rodust auf Platz 12 der SPD-Bundesliste. Bei aktuell 23 SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament ist das ein sehr aussichtsreicher Listenplatz. Allerdings ist sie mit diesem Platz nicht namentlich auf dem Wahlzettel zu finden – auf dem sind nur die ersten zehn Kandidaten mit Namen vertreten.

CDU und CSU treten mit Landeslisten an, da sie sich sonst auf dem Wahlzettel gegenseitig Konkurrenz machen würden. Auf dem Wahlzettel, den wir Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner am 25. Mai 2014 ausgehändigt bekommen, steht also bei der CDU der schleswig-holsteinische Spitzenkandidat auf Platz 1, bei den Sozialdemokraten der bundes- und europaweite Spitzenkandidat Martin Schulz.

Zu kompliziert? Es geht auch einfacher:

Wer Ulrike Rodust wählen will, wählt SPD – und damit ein besseres Europa!

Interview mit Ulrike Rodust

backbord: Frau Rodust, Sie sind seit 2008 Mitglied des Europäischen Parlaments und treten am 25. Mai 2014 erneut als Spitzenkandidatin der schleswig-holsteinischen SPD zur Europawahl an?

Rodust: Ja, mir macht meine Arbeit im Europäischen Parlament immer noch sehr viel Spaß. Denn mit Fleiß und Beharrlichkeit – oder sollte ich es vielleicht norddeutsche Dickköpfigkeit nennen? – kann man als Europa-abgeordnete wirklich viel erreichen. Tatsächlich ist das Europäische Parlament nämlich schon lange nicht mehr der viel zitierte zahnlose Tiger: Seit im Jahr 2009 der Vertrag von Lissabon in Kraft getreten ist, treten das Europäische Parlament und der Ministerrat, also die Regierungen der Mitgliedsstaaten, in der Gesetzgebung auf Augenhöhe auf. In der jetzt abgelaufenen Wahlperiode konnte ich so in meinem Arbeitsbereich sehr erfolgreich für meine politischen Ziele arbeiten. Als Berichterstatterin bei der Fischereireform habe ich erreicht, dass endlich Schluss gemacht wird mit der Überfischung unserer Meere; ab 2015 gilt ein Rückwurfverbot und den Menschen in Afrika darf nicht mehr der gesamte Fisch weggefischt werden. Mein Fazit: Das Parlament war bei der Reform der Fischereipolitik erstmals gleichberechtigt an der neuen Gesetzgebung beteiligt und konnte einen echten Politikwechsel durchsetzen. Darauf bin ich stolz.

backbord: In der öffentlichen Diskussion kommt Europa meist nicht so positiv rüber?

Rodust: Ja, das ist leider so. Dabei gibt es so vieles, auf das wir in Europa stolz sein können und worum uns die Menschen auf anderen Kontinenten beneiden. Da sind ganz zentral 65 Jahre Frieden – und das ist nach zwei Weltkriegen ja ebenso wenig selbstverständlich wie die offenen Grenzen, die wir inzwischen in Europa haben. Europa bleibt aber auch die einzige sinnvolle Antwort auf die Herausforderungen die vor uns liegen. Nur ein ökonomisch zusammengeschlossenes Europa auf der Basis eines Wertekatalogs, der nicht in Frage gestellt wird, hat Chancen, soziale und ökologische Standards, Grundrechte und

Menschenrechte gegen den Wettbewerbsdruck, dem wir in der Welt ausgesetzt sind, zu verteidigen.

„EUROPA BLEIBT DIE EINZIGE SINNVOLLE ANTWORT AUF DIE HERAUSFORDERUNGEN DIE VOR UNS LIEGEN!“

ULRIKE RODUST, MDEP

backbord: Welchen konkreten Nutzen darüber hinaus hat Europa denn für die Menschen in Schleswig-Holstein?

Rodust: Schleswig-Holstein wird in der kommenden Förderperiode in erheblichem Maße von EU-Fördermitteln profitieren. Besonders für den ländlichen Raum ist das von großer Bedeutung. Von 2014–2020 erhält unser Land allein 420 Millionen Euro aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER), das ist ein Mehr in Höhe von 117 Millionen Euro im Vergleich zu der vergangenen Förderperiode. Davon gehen 63 Millionen direkt in die 21 AktivRegionen. Das Geld kommt dem massiven Ausbau des Breitbandnetzes sowie der Förderung der erneuerbaren Energien, der Verbesserung des Klimaschutzes und der Bildung im ländlichen Raum zugute. Auch die Mittel für „INTERREG 5a“ wurden erheblich aufgestockt auf etwa 90 Millionen Euro für die Zusammenarbeit mit Dänemark.





Aus diesen Mitteln werden grenzüberschreitende Tourismusprojekte an Nord- und Ostsee unterstützt, ebenso die gegenseitige Ausbildung von Lehrlingen im Grenzgebiet sowie Kulturprojekte.

Rund 350 Millionen Euro fließen aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) und dem Europäischen Regionalfonds (EFRE) nach Schleswig-Holstein. Damit können regionale Innovationen unterstützt sowie die regionale Wirtschaftsstruktur wettbewerbsfähiger und nachhaltiger gemacht werden.

backbord: Und dennoch leidet seit Jahren das Ansehen der Europäischen Union, weil sich bei den EU-Bürgerinnen und -Bürgern der Eindruck verfestigt, dass „die da in Brüssel“ in überflüssiger und nicht nachvollziehbarer Weise in sämtliche Lebensbereiche eingreifen.

Rodust: Leider ist das so. Viel zu oft erscheint die EU im Alltag nicht als Teil der Lösung, sondern als Teil des Problems. Die Folge ist ein massiver Vertrauensmangel in die EU. Abzulesen ist dies regelmäßig bei den Europawahlen: Die Wahlbeteiligung ist seit Jahren stark rückläufig – 2009 lag sie in Deutschland bei gerade einmal 43 Prozent. Bei der Wahl zum Europäischen Parlament am 25. Mai 2014 geht es deshalb darum deutlich zu machen, dass wir ein Europa wollen, das sich um die großen Fragen kümmert und nicht um das, was auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene viel besser selbst geregelt werden kann: ein Europa, das weiß, dass beispielsweise die Frage der Wasserversorgung in der Hand der Kommunen besser aufgehoben ist als in Brüsseler Amtsstuben.

backbord: Sie sprachen die Wahlmüdigkeit bei Europawahlen an. Wie wollen Sie denn die Bürgerinnen und Bürger überzeugen, dass sie auf jeden Fall wählen gehen müssen, dass sie mit ihrer Stimme etwas bewirken können?

Rodust: Die Wahl am 25. Mai ist die wichtigste Europawahl seit langem und sie ist so attraktiv wie selten eine zuvor. Nach dem Vertrag von Lissabon entscheiden die Wählerinnen und Wähler nämlich erstmals auch darüber, wer Präsident der Europäischen Kommission wird. Und die Chancen sind gut, dass es mit Martin Schulz ein deutscher Sozialdemokrat wird.

Hinzu kommt, dass jeder demokratisch gesinnte Mensch am 25. Mai in besonderem Maße aufgerufen ist, sein Wahlrecht wahrzunehmen, weil das Bundesverfassungsgericht die Drei-Prozent-Hürde aufgehoben hat. Das nutzt vor allem den Feinden Europas. Es besteht deshalb die ganz konkrete Gefahr, dass Führungsleute von Rechtspopulisten oder sogar Neonazis ins Europaparlament einziehen.

Das ist eine ganz grausliche Vorstellung, auch weil dies zu einer weiteren Zersplitterung im Europäischen Parlament führen würde. Stabile Mehrheiten zu finden, würde schwieriger, und damit die Handlungsfähigkeit des Parlamentes deutlich eingeschränkt. Tatsächlich droht eine Schwächung des demokratischen Lagers im Europaparlament. Eins haben wir in der SPD uns deshalb fest vorgenommen: Bis zum Wahlsonntag werden meine Parteifreunde und ich nichts unversucht lassen, für unsere Vision von einem menschlichen, sozialen, durch und durch demokratischen Europa zu werben.

„Jetzt ist klar!
Wer will, dass **Martin Schulz** als
Kommissionspräsident sein
Programm für mehr Gerechtigkeit,
Wachstum und ein
modernes Europa umsetzen kann,
der muss
am 25. Mai SPD wählen.“

Sigmar Gabriel

Europa neu denken. SPD

GRUßWORT

Liebe Schleswigerinnen und Schleswiger,

die SPD-Schleswig gibt auch in diesem Jahr die sozialdemokratische Bürgerzeitung *Schleswig backbord* für Sie heraus. Es ist seit nunmehr 38 Jahren Tradition, dass die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten Schleswigs über Aktuelles und Wissenswertes unter Anderem aus der Politik vor Ort berichten.

Am 25. Mai diesen Jahres ist Europawahl und in dieser Ausgabe der *Schleswig backbord* möchten wir Ihnen diese Wahl besonders ans Herz legen. Europa wird für die vor uns stehenden Herausforderungen immer wichtiger und ist von zentraler Bedeutung. Um diese Herausforderungen und Aufgaben positiv zu entwickeln, bedarf es einer starken sozialdemokratischen Fraktion im Europaparlament. Mit unserem Spitzenkandidaten Martin Schulz und mit unserer Europaabgeordneten Ulrike Rodust ist die SPD hervorragend aufgestellt. Gehen Sie zur Wahl! Wählen Sie am 25. Mai SPD! Nach Wegfall der Sperrklausel besteht zudem die Gefahr, dass durch eine geringe Wahlbeteiligung rechte Gruppierungen und/oder sogar Neonazis ins Parlament einziehen könnten. Setzen Sie mit ihrem Kreuz bei der Europawahl ein Zeichen. Treten Sie dem entschieden entgegen.

Auch die weiteren Themen, wie die 100-Tage-Bilanz des Bürgermeisters oder die Entwicklung der Schulsozialarbeit, werden Sie interessieren und auch das wahrscheinlich kontroverst diskutierteste Thema der Vergangenheit soll sich in dieser Ausgabe wiederfinden.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß bei der Lektüre der *Schleswig backbord*.



Henrik Vogt



EDITORIAL

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

das wichtige Thema Europawahl ist dank des ungewöhnlichen Covers nicht zu übersehen. Schleswigs Bürgermeister, Dr. Arthur Christensen, schreibt über die ersten Tage im Amt und vermittelt uns ehrlichen Optimismus für die künftige Entwicklung unserer Stadt. Uner-schütterlich getreu seinem Motto „Einfach kann jeder“ geht er die anstehenden Projekte mit viel Elan, Esprit und ersten Erfolgen an.

Im Europa-Parlament werden wir von Ulrike Rodust repräsentiert. Ihr Wirken für unser Land, mit den Schwerpunkten Fischereiwesen und Landwirtschaft, stellt die Kandidatin in ihrem Beitrag voller deutlicher Worte und Ziele selbst vor.

Birte Pauls, MdL, gibt ein klares Bekenntnis des Landes zur Schulsozialarbeit sowie zur Förderung der Ausbildung der Sozialpädagoginnen ab.

Ohne Theater geht es nicht: Eine klare Zusammenfassung der Sachverhalte mit einer realistischen und somit nicht euphorischen Zukunftsbewertung hat Ratsherr Klaus Bosholm für diese Ausgabe verfasst.

Wir hoffen, dass diese Ausgabe der *Schleswig Backbord* dazu beiträgt, Ihnen aktuelle Themen etwas näher zu bringen.

Viel Vergnügen beim Lesen wünschen Ihnen,

Ihre Cordula Rohrmoser

Ihr Michael Manthey-Oye



KLARES BEKENNTNIS

BIRTE PAULS, MDL ZUR SCHULSOZIALARBEIT
UND UNTERSTÜTZUNG DER ERZIEHERFACHAUSBILDUNG



Die Schulsozialarbeit ist einfach unbezahlbar. Viele Kinder und Jugendliche haben Probleme, zu Hause, mit Mitschüler/innen, mit Lehrern oder mit sich selbst. Und das ist unabhängig von der Schulart. Beratung und Begleitung findet durch die Schulsozialarbeit dort statt, wo die Kinder und Jugendliche sowieso sind – in der Schule. Deshalb ist die Schulsozialarbeit ein unverzichtbares Angebot und entwickelt sich immer mehr zu einer gleichberechtigten Einrichtung an den Schulen, neben den unterrichtenden Lehrkräften.

Die Bundesmittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) laufen in diesem Jahr aus. Wir wollen aber, dass die Schulsozialarbeit weiter gehen kann, doch die Kommunen können das alleine nicht finanzieren. Deshalb wird das Land die Mittel für Schulsozialarbeit von derzeit 4,6 Mio. € um 13,5 Mio. € auf dann 18,1 Mio. € aufstocken. Damit wird die Schulsozialarbeit im Land bei auslaufenden Bundesmitteln in den kommenden Jahren durch das Land in gleicher Höhe bezuschusst. Diese Maßnahme soll nachhaltig dadurch gesichert werden, dass sie ins Gesetzgebungsverfahren um das Finanzausgleichsgesetz (FAG) mit aufgenommen wird. So sichern wir die Schulsozialarbeit! Natürlich müssen sich aber auch die Schulträger wie bisher an den Kosten der Schulsozialarbeit beteiligen. Aber auch da

erlebe ich ein klares Bekenntnis.

Damit Schulsozialarbeit weiterhin so gut funktionieren kann, bedarf es natürlich entsprechend ausgebildeter Fachkräfte-z.B. die Erzieher/innen.

Dort ist es leider in den letzten Jahren immer wieder dazu gekommen, dass Auszubildende, die das sogenannte „Meisterbafög“ bekommen, also finanzielle Unterstützung im Rahmen des Ausbildungsaufstiegsgesetzes, die Ausbildung aus finanziellen Gründen abbrechen mussten. Hintergrund ist, dass das „Meisterbafög“ während der verpflichtenden 40 Wochen Betriebspraktika nicht gezahlt wird. Erschwerend kommt hinzu, dass auch die Praktika nicht bezahlt werden und die Auszubildenden also in dieser Zeit ohne Einkommen sind. Nachdem sich Auszubildende mit diesem Problem an mich gewandt haben, habe ich bei dem zuständigen Wirtschafts- und Bildungsministerium nachgefragt. Die entsprechenden Verordnungen sind jetzt geändert worden, so dass die Ausbildungsträger und die Schulen die Praxistage mit Schultagen anders kombinieren können. Auf diese Weise kann das „Meisterbafög“ weitergezahlt werden und niemand muss die Ausbildung aus finanziellen Gründen abbrechen. Denn wir brauchen in vielen Einrichtungen gut ausgebildete Erzieher/innen, wie z.B. in der Schulsozialarbeit.

DRAMA UM DAS LANDESTHEATER

EINE ZUSAMMENFASSUNG VON KLAUS BOSHOLM



Was sind Parteien den Bürgerinnen und Bürgern schuldig?

Antworten! Antworten, die gut begründet sind. Die Qualität der Begründung ergibt sich aus einer scheuklappenfreien Bestandsaufnahme und daraus nachvollziehbar abgeleiteten Folgerungen.

„WAS SIND PARTEIEN DEN BÜRGERINNEN UND BÜRGERN SCHULDIG? - ANTWORTEN!“

KLAUS BOSHOLM, VORSITZENDER DES BAUAUSSCHUSSES

Schleswig ist ein Mittelzentrum, das starken strukturellen Veränderungen unterworfen ist. Die historisch bedingte Dienstleistungs- und Gewerbeorientierung, der aus denselben Gründen starke öffentliche Sektor (Justiz, Gesundheit, Museen, Theater) bilden das Fundament der örtlichen Entwicklung. Privatisierungstendenzen (u.a. Gesundheit),

Strukturveränderungen im Dienstleistungsbereich (Stichwort Amazon) tragen zu nicht umkehrbaren Entwicklungen bei, die das Gesicht der Stadt nachhaltig verändern, sichtbar nicht zuletzt an Leerständen. Da Schleswig weder technologisch noch industriell geprägt ist, sind Wachstumschancen begrenzt. Um so mehr müssen eigene Stärken erkannt, erhalten und gepflegt werden. Deshalb entsteht das interkommunale Gewerbegebiet Schleswig-Schuby, deshalb ist es notwendig – wenn auch sehr spät –, die Modernisierung der Innenstadt nun endlich anzugehen und genau deshalb wäre es richtig gewesen, das faszinierende Projekt Hesterberg voranzutreiben. Dort wäre ein im ländlichen Raum einzigartiges Kulturzentrum entstanden.

Dieser Traum ist zum Alptraum mit unbekanntem Ende geworden, gescheitert an CDU und Grünen. Kritikwürdig ist dabei nicht allein das Ergebnis, sondern die Verweigerung einer konsistenten Meinungsbildung und Begründung.

Parteien, die einem gerade erst gewählten Bürgermeister mit straf- und zivilrechtlichen Konsequenzen drohen; ein Fraktionsvorsitzender, der den Intendanten des LTSH als „amoklaufende[n] Geschäftsführer (...) mit dümmlich arroganten Äußerungen“ bezeichnet; Parteien, die öffentlich und unbegründet die Reputation von Gutachtern wie Herrn Korsch in Zweifel ziehen; Parteien, die all dies bedenkenlos machen, schaden dem Gemeinwesen, weil sie nicht den Mut zu einer Sachauseinandersetzung aufbringen. Entgleisungen der geschilderten Art sind Folgen des „Dahlschen Fiebers“.

Zwölf Jahre vergebliche und ineffektive Abarbeitung am ehemaligen Bürgermeister hinterlassen ihre Spuren. Kritisiert wurde alles und jeder. Der Grundsatzverdacht „Die können's eh nicht“ war stets schnell bei der Hand. Man war permanent enttäuscht, verletzt, empört. Konkrete, eigene Vorstellungen und Vorschläge hat man sich dann auch gleich erspart.

Der 27. Februar 2014 wird – wenn nicht alles täuscht – als trauriger Tag in die Schleswiger Stadtgeschichte eingehen. Schleswig wird wohl nicht mehr die Kulturhauptstadt des Landes sein, sondern eine Kleinstadt in Schleswig-Holstein.

Dennoch: dem Bürgermeister ist Erfolg bei seinen Bemühungen zu wünschen, weil das Landestheater ein unverzichtbares Merkmal Schleswigs ist.



KLAUS BOSCHOLM, RATSHER

SCHLES

SPD

WIE IST STAND DER DINGE?

1. Das Theatergebäude am Lollfuß, samt angrenzender Räume, wird bis auf einen Restbestand abgerissen.

2. Der Bürgermeister prüft die baulichen und finanziellen Möglichkeiten eines Neubaus im Lollfuß.

3. Ein privater Investor wird zur Errichtung der notwendigen Funktionsräume des Landestheaters zwischen Theaterneubau und Generalintendanz, gesucht. Refinanzierungen des Investors sollen über städtische Mietzahlungen für die Verlagerung von VHS, Tourismusinformaton, Bücherei erfolgen.

4. Das Landestheater kämpft um seine Existenz. Angebote anderer Kommunen, Schleswig als Hauptgesellschafter abzulösen, werden geprüft. Itzehoe, Rendsburg

und Neumünster bereiten entsprechende Vorschläge vor. An diesen Orten sind – wahrscheinlich – deutlich geringere Investitionen nötig als am Standort Schleswig. Wie vor diesem Hintergrund die kommunale Familie bewegt werden soll, kommunale Mittel aus dem FAG in Höhe von 6,9 Mill. € bereitzustellen, erschließt sich nicht wirklich.

5. Schleswig muss bis zum 30. Juni 2015 entscheiden, ob die Stadt Hauptgesellschafter bleiben will. Das ist nur sinnvoll, wenn eine realistische Perspektive vorhanden ist, den Verpflichtungen gerecht werden zu können. Ansonsten muss die Stadt kündigen, um nach einer Frist von vier Jahren (2019) die Gesellschaft verlassen zu können. Bis zu diesem Zeitpunkt wird die Stadt alle finanziellen Verpflichtungen einhalten müssen.



Erscheinungsdatum: 05/2014
Redaktion: Cordula Rohrmoser
Michael Manthey-Oye
Copyright/V.i.S.d.P: SPD OV Schleswig
Königstraße 4 24837 Schleswig
gedruckt in Schleswig / Germany
Bilder: SPD Schleswig
Umschlaggestaltung: Jan-Henrik Vogt
Satz: Jan-Henrik Vogt
Druck: sterndruck, Schleswig